

Protokoll:

Rm Lehmkühler (SPD) erklärt, dass die SPD- Fraktion eine Vereinheitlichung beabsichtige. Da man die Ortsbeiräte nicht abschaffen könne, wolle man sie daher flächendeckend einführen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt zusammengefasst die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0085/2013). Er findet den Aspekt der Gleichbehandlung zwar inhaltlich nachvollziehbar, aber praktisch nicht umsetzbar, schon gar nicht bis 2014. Notwendige Vorarbeiten könnten nicht geleistet werden und es entstünden zudem hohe Kosten. Eine Auskommensneutrale Lösung sei nicht möglich. Mit der Einrichtung von 15 zusätzlichen neuen Ortsbezirken entstünden mindestens 330.000 € Mehrkosten. Es handele sich hierbei um eine neue freiwillige Leistung, die garantiert durch die ADD mit einer Kürzungsaufgabe belegt werde. Eine flächendeckende Einführung von Ortsbezirken könne folglich nicht empfohlen werden und wenn erst 2019.

Rm Biewer (CDU) freut sich über Antrag der SPD- Fraktion. Die CDU- Fraktion stimme dem zu, insbesondere unter dem Aspekt der Bürgernähe. Jedoch stelle die CDU- Fraktion den Änderungsantrag, die Ortsbeiräte erst in 2019 flächendeckend einzuführen. Zudem wolle man die Ortsbeiräte mit einem Budget ausstatten.

Rm Kriebs (FDP) führt aus, die FDP- Fraktion sehe dies kritisch. Die Zeit sei aktuell nicht die Beste für die Umsetzung von kostenintensiven Maßnahmen. Im Rahmen der Haushaltssanierung sei die Einführung unmöglich umsetzbar. Wenn die Kassenlage es zulasse, solle man erneut diskutieren. Das Votum der Bevölkerung solle eingeholt werden. Die FDP- Fraktion werde beide Anträge ablehnen.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann ist der Ansicht, dass es den Stadtteilen mit Ortsbeiräten besser gehe. Wenn ortsansässige Bürger beraten würden, werde viel ausgedachter und sparsamer geplant. Über den Vorschlag der CDU- Fraktion Budgets einzuführen, müsse dann aber noch mal beraten werden. Die SPD- Fraktion sei der Ansicht 360 Tage müssten der Verwaltung zur Umsetzung reichen.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid spricht sich grundsätzlich für die Ortsbeiräte aus, möchte aber lieber die Bevölkerung einbinden, ob überhaupt Interesse bestehe. Nachher richte man einen Ortsbeirat ein und finde niemanden, der Ortsvorsteher sein wolle. 2015 werde die nächste Umfrage zum Thema Lebensqualität gemacht. Hierunter könne man auch das Interesse nach Ortsbeiräten abfragen. Die BIZ- Fraktion beantrage daher, dies im Rahmen der Umfrage zu machen und dann eventuell für 2019 Ortsbeiräte einzuführen.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) ist auch dafür, Ortsbeiräte einzuführen, sieht aber noch Probleme im Rahmen der Ausgestaltung. Er nimmt Bezug auf das Ehrensoldgesetz, durch das der jetzige Haushalt bereits stark belastet werde. Zudem würden die Proportionen nicht stimmen. Im Ortsbeirat Güls säßen 11 Leute für die Vertretung von 5.000 Bürgern im Stadtrat 56 Leute für 100.000 Bürger. Dies sei zu viel. Er regt an eine Neugestaltung vorzunehmen und gemeinsam mit den Ortsbeiräten und der Verwaltung einen Arbeitskreis einzuführen, der ein Konzept erstelle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig macht deutlich, dass man froh sein könne Ortsvorsteher zu haben. Ihre Arbeit werde in der Verwaltung sehr geschätzt und durch sie wisse

man besser, was die Menschen wirklich denken würden. Durch die Problematik der Finanzierung, solle nicht der Eindruck entstehen, dass diese nicht wertgeschätzt würden. Er bedankt sich bei den Ortsvorstehern für die bisher geleistete Arbeit.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke begrüßt die bestehenden Ortsbeiräte in Verbindung mit ihren jeweiligen Dörfern. Allerdings sei er gegen eine Ausweitung der Ortsbeiräte. Durch die Ortsverbände der Parteien bestünden bereits Ansprechpartner. Vor allem solle man die Ortsbeiräte nicht Hals über Kopf einführen, sondern besser überdenken und ausarbeiten.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt, dass zudem auch eine bürgernahe Beteiligung über die Lokale Agenda 21 möglich sei. Sie unterstütze den Antrag der BIZ- Fraktion eine Befragung der Bevölkerung zu machen. Deren Meinung einzuholen sei wichtig und sinnvoll. Eine Umsetzung in 2014 halte sie nicht für machbar.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, dass zu Beginn der Umfrage Informationen vorbereitet werden müssten, weil bestimmt nicht jeder in der Bevölkerung Kenntnis darüber habe, was ein Ortsbeirat ist. Es entstünde ein Wahlkampf. Danach würden Ergebnisse im Bereich von 80/90% für die Ortsbeiräte herauskommen, da die Bevölkerung sicherlich der Ansicht ist, dass diese ihr zu Gute kommen. Fraglich sei dann, welches Wissen man aus der Umfrage gewinnen werde und ob das Umfragergebnis dann noch neutral sei.

Das was die Umfrage als Ergebnis herausbringe müsse dann aber auch umgesetzt werden, sodass sich davor schon mit dem Thema und einem Konzept beschäftigt werden müsse. Positiv sei, dass durch die Umfrage keine zusätzlichen Kosten entstünden, da diese sowieso gemacht werde.

Rm Biewer (CDU) ist der Ansicht, man müsse sich für oder gegen die Bürgernähe entscheiden. Es solle noch heute eine Entscheidung für 2019 getroffen werden.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid findet, man solle nicht heute diese wichtige Thematik einfach schnell beschließen. Man solle fraktionsübergreifend einig werden, wie ein realisierbarer Weg aussehen könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stimmt dem zu. Er schlägt vor, die Fraktionen sollten sich über die Grenzen hinaus mit der Verwaltung auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Ansonsten würde er jetzt zunächst über die Änderungsanträge und dann über den Antrag der SPD- Fraktion abstimmen lassen.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann bittet um Abstimmung. Über den Antrag der SPD- Fraktion solle aber zuerst abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erwidert, es werde zuerst über die Änderungsanträge abgestimmt in der Reihenfolge CDU- Fraktion und dann BIZ- Fraktion.

Herr Gebel (30) führt aus, dass in der Geschäftsordnung §27 Abs. 2 stehe, dass über Änderungsanträge vor den Hauptanträgen abzustimmen ist. Hierbei ist zunächst über den am weitestgehenden Änderungsantrag abzustimmen; hier zuerst der der CDU- Fraktion und dann der Änderungsantrag der BIZ- Fraktion.

Herr Baum (FBG) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er möchte die Abstimmung absetzen, da noch Beratungsbedarf bezüglich der Änderungsanträge bestehe.

Rm Reinstädler (CDU) ist andere Ansicht. Es müsse heute zu einem Ergebnis kommen. Dies sei auch nach außen hin wichtig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, dass zu einem Antrag zur Geschäftsordnung immer eine Gegenäußerung erfolgen könne. Dies sei durch den Beitrag von Rm Reinstädler erfolgt. Nun seine Entscheidung zu treffen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen, heute keine Beschlussfassung in der Sache zu führen.

Herr Flöck (10) ermittelt das Beschlussergebnis. Bei insgesamt 51 abgegebenen Stimmen sprechen sich 34 Stimmen für den Antrag zur Geschäftsordnung aus.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt die Thematik damit als abgeschlossen.